

Die Europapolitik in der wissenschaftlichen Debatte

Christian Raphael/Darius Ribbe/Wolfgang Wessels

Im Jahr der Europawahl und der andauernden Polykrise der Europäischen Union differenziert sich das Feld wissenschaftlicher Arbeiten anhand politischer Themen und Vorgaben weiter aus. Neben etablierten und vielfach getesteten theoretischen Ansätzen, die nach wie vor zur Erklärung politischer, integrativer oder disruptiver Ereignisse und Wirkmechanismen herangezogen werden, gibt es neue Ansätze, Erweiterungen und Synthesen, die das Forschungsfeld der Europapolitik und europäischen Integration bereichern.

Die steigende Vielfalt an Beiträgen führt auch zu einem wachsenden Grad an widersprüchlichen Analyseergebnissen, doch gerade diese Ergebnisse und Widersprüche eröffnen neue Forschungsagenden und laden zu einer vertieften Beschäftigung mit dem Forschungsgegenstand ein. Als ein allgemeiner Trend innerhalb der politikwissenschaftlichen EU-Forschung lassen sich wie bereits in den vorangegangenen Jahren einige Stichworte identifizieren, deren Salienz in der Wissenschaft ungebrochen hoch ist: Politisierung, Europaskeptizismus, Populismus, Narrative und Identität. So kann ein grundsätzlicher Fokus auf diesen Konzepten auch bei diesjährigen zentralen Konferenzen mit EU-Bezug festgestellt werden. Insbesondere die 2019 European Union Studies Association (EUSA) International Biennial Conference in Denver und die University Association for Contemporary European Studies (UACES) 49th Annual Conference 2019 in Lissabon können als Spiegel lebhafter europäischer Debatten einer generationenübergreifenden und transnationalen akademischen Gemeinschaft dienen. In diesem Zusammenhang – wenn auch in einem bescheideneren Rahmen – können auch die diesjährigen Veranstaltungen des Instituts für Europäische Politik in Berlin genannt werden, die vielfach im Zeichen seines 60. Jubiläums standen. Die auf den folgenden Seiten dargestellten zentralen Diskussionsinhalte fanden so nicht nur in geschriebener Form einen regen Widerhall.

Europawahlen 2019 – Kontroverse um Spitzenkandidaten und Fragmentierung

Im Vorfeld wie im Nachgang der Wahlen zum Europäischen Parlament wurde eine Vielzahl von Analysen, Prädiktionen und Betrachtungen vorgelegt, um dieses regelmäßig wiederkehrende Kernereignis für das politische System der Europäischen Union verständlich zu machen. Dabei variieren die Schwerpunkte und Zielsetzungen der Arbeiten deutlich. Häufig genutzte Stichworte und Ansätze, die hier besondere Aufmerksamkeit erfahren sollen, sind insbesondere „Spitzenkandidaten“, „Sekundärwahl“ und „Legitimation“. Bemerkenswert ist die Vielfalt an möglichen Fragestellungen, die sich von diesen Konzepten ausgehend entspannt hat und weiterentwickelt wurde. So wurden trotz ähnlicher Schwerpunkte wie schon bei den Wahlen 2014 eine Reihe neuer Aspekte beleuchtet.

Bei der Wahlanalyse Hobolts (2019, S. 4) steht unter anderem die Regierungsbildung im Fokus, welche mit zunehmender Fragmentierung des Europäischen Parlaments und trotz des Spitzenkandidatenverfahrens durch die Schwäche des Parlaments weiterhin

intergouvernemental geregelt werde. Auch Hrbek (2019, S. 185) analysiert die veränderte Zusammensetzung des Parlaments und der Parteiengruppen und wirft einen Blick in die kommende Legislaturperiode, in der auch er den Europäischen Rat im Zuge der Personaldebatten gestärkt sehe. Iso-Markku und Siddi (2019) beschrieben bereits vor der Wahl große Unsicherheiten für das neue Parlament und diverse Herausforderungen für die Zusammensetzung der Parteiengruppen. Brok (2019, S. 355), ehemaliger einflussreicher Abgeordneter des Europäischen Parlaments, bestärkt diese Analysen aus seiner parlamentarischen Erfahrung und sieht in der Nominierung Ursula von der Leyens als Präsidentin der Europäischen Kommission eine Folge der mangelnden Konsensfähigkeit des Parlaments, welche der „demokratischen Legitimation der Europäischen Union insgesamt Schaden zugefügt“ und intergouvernementale Institutionen weiter gestärkt habe. Unterstützt wird die analysierte Schwäche des Spitzenkandidatenverfahrens von Braun und Scharzbörzel (2019, S. 439), die für den Wahlkampf 2014 eine unzureichende Sichtbarkeit durch nationale Parteien feststellen. Der Trend einer zunehmenden Professionalisierung der Europawahlkampagnen ließe die Spitzenkandidaten außen vor, so Gattermann und Vliegenhart (2019). Fratzscher (2019) untersucht die parteiübergreifende parlamentarische Kritik an der Nominierung von der Leyens durch die Staats- und Regierungschefs. In dieser neuen Einigkeit sieht er eine Chance zur Stärkung des Parlaments durch neu gewonnene Einigkeit im institutionellen Gefüge. Für eine solche argumentiert auch Schwarzer (2019, S. 3) und erkennt im Nominierungsprozess noch kein Ende des Spitzenkandidatenverfahrens. Watt (2019, S. 2) entdeckt in der Agenda von der Leyens (2019) positive Impulse aus ökonomischer Sicht, die trotz anfänglicher Kritik und einer Mehrheit von nur neun Stimmen im Europäischen Parlament das Potenzial habe, den Rückhalt der übrigen Kommission in Zukunft wachsen zu lassen. Die Herausforderungen für europäisches Regieren und gerade für die europäischen Führungspersonlichkeiten betrachten Dennison et al. (2019, S. 27f.) und lesen aus der Wahl einen durch das Elektorat kommunizierten Reformbedarf.

Europawahlen 2019 – Populismus und Europaskeptizismus im Vordergrund

Allgemeine Arbeiten liefern erste Ansätze, um die europäischen Wahlergebnisse im Jahr 2019 zu erklären. Ergänzt werden sie um zahlreiche wissenschaftliche Beiträge zum europäischen Populismus und Europaskeptizismus. Dabei lassen die Studien den Schluss zu, dass Europawahlen – entgegen theoretischer Annahmen – keine Abstimmungen über rein nationale Politiken seien. So stellen Fiorino et al. (2019, S. 888) fest, dass neben nationalen auch regionale und europäische Prädiktoren die Wahlbeteiligung an Europawahlen beeinflussen. Ähnlich stellen Henceroth und Oganesyanyan (2019, S. 609) den Einfluss der europäischen Strukturförderprogramme auf die Wahlentscheidungen bei europäischen Wahlen heraus, womit beide Studien die Annahmen der Europawahl als „Sekundärwahl“ aufweichen und um den Einfluss europäischer Instrumente ergänzen. Neben weiterführenden Arbeiten zur Wahlbeteiligung und WählerInnen-Gruppen (Ares, 2019) sowie internationalen Wahlanalysen (Ostry et al. 2019; Walsh und Alipranti 2019) finden sich so bereits erste Arbeiten zur Erklärung nationaler Wahlergebnisse, die europäische Einflussfaktoren mit einbeziehen. Die unvorhergesehene Wahl in Großbritannien, an der sich die gesellschaftliche Spaltung besonders hervorgetan habe (Curtice 2019), wird ebenso behandelt wie das Wahlverhalten in den baltischen Staaten (Auers 2019). Die Wahlgewinne der ökologischen Parteien (Bartovic et al. 2019), welche diejenigen der

populistischen Parteien gemindert haben, sowie die Verluste der Parteiengruppen der ehemaligen Großen Koalition (siehe hierzu Hüther 2019) sind Untersuchungsgegenstand von Deloy (2019).¹

Durch die prognostizierten Gewinne europaskeptischer und populistischer Parteien gerieten diese früh in den Forschungsfokus. Caiani und Graziano (2019, S. 1153) legen so eine Sonderausgabe zum europäischen Populismus vor, in der sie die Auswirkungen der Krisen auf populistische Parteien untersuchen und die Bedeutung der Unterschiede zwischen exklusiven und inklusiven Formen des europäischen Populismus herausstellen. Dabei gilt in der bestehenden Theorie „inklusive“ Populismus als typisch linker, unterprivilegierte Gruppen einschließender und Benachteiligungen ausgleichender Populismus, während rechter „exklusiver“ Populismus das Ziel habe, Menschengruppen beispielsweise aus Solidargruppen auszuschließen (vgl. Priester 2012). Einen Vergleich europäischer PopulistInnen ziehen Bernhard und Kriesi (2019, S. 1205). Sie folgern, dass sowohl Links- als auch RechtspopulistInnen vergleichbar oft populistische Aussagen treffen und auch keine signifikanten Nord-Süd-Unterschiede zu verzeichnen seien. Die Bedeutung der kollektiven Erinnerung auf die Ausbildung national-populistischer Parteien analysieren Caramani und Manucci (2019, S. 1178), wobei sie auf die Bedeutung dominanter und marginalisierter Narrative verweisen. Marginalisierte Narrative können zur Radikalisierung politischer Bewegungen führen, da Menschen ihre persönlichen Narrative nicht ausreichend vom politischen System repräsentiert sehen. Die integrative Kraft des Europaskeptizismus beschreiben Segestein und Bossetta (2019), indem sie die europäisierte Berichterstattung über EuropaskeptikerInnen als ein Zeichen für eine europäische Öffentlichkeit interpretieren. Allerdings leite sich aus einem Europäisierung-Nexus in nationaler Berichterstattung keine Agenda-Setting Kraft ab, so Sciarini und Tresch (2019, S. 744). Dieser Nexus selbst wird von Adam et al. (2019) in einer vergleichenden Studie aufgearbeitet, um die Entstehung des Europabildes zu dekonstruieren. Ähnlich argumentieren von Boehmen et al. (2019, S. 384), die jedoch entgegen theoretischer Annahmen keine Verbindung zwischen ökonomischem Egalitarismus und Europaskeptizismus nachweisen können. Lisi et al. (2019, S. 1302) erklären die unterschiedlichen populistischen Antworten auf die Wirtschaftskrise anhand des ideologischen Hintergrunds der Parteien, dem Parteienumfeld sowie der Führungsstrategie. An die erwähnten Ergebnisse von Fiorino et al. (2019) anknüpfend analysiert Schraff (2019, S. 96f.) den Einfluss von Kompensationseffekten europäischer Strukturförderung auf den Wahlerfolg europaskeptischer Parteien und stellt fest, dass dieser in Regionen mittleren Durchschnittseinkommens am stärksten positiv zu Tage trete, da diese durch das europäische Förderraster fielen. Camatarri und Zucchini (2019, S. 438) stellen zudem einen signifikanten Zusammenhang zwischen der Regierungsbeteiligung moderat-europaskeptischer Parteien und dem Wahlerfolg stark-europaskeptischer Parteien fest. Diese strukturbezogenen Abhandlungen werden durch Charakterisierungen der an Einfluss gewinnenden „Europaparteien“ (Hertner, 2019) sowie gerade europaskeptischer Parteien ergänzt zu MoVimento 5 Stelle (Fünf-Sterne-Bewegung, Mosca und Tronconi, 2019), zu Front National (Surel 2019), zu UKIP (Usherwood 2019) und zu osteuropäischen Parteien (Engler et al. 2019).

1 Vgl. hierzu auch die Beiträge „Europäisches Parlament“ und zur Europapolitik in den Mitgliedstaaten.

Das institutionelle Gefüge in einem Europa der Polykrise

Im Zuge des gescheiterten Spitzenkandidatenverfahrens finden die europäischen Institutionen und ihr Machtgleichgewicht besondere Beachtung. Dabei zeigen sich die bekannten Konfliktlinien zwischen intergouvernementalen und supranationalen Institutionen. Auch rücken die Akteure in den Institutionen in den Fokus.

Das Europäische Parlament: Von besonderer Bedeutung im Wahljahr

Naturgemäß steht das Europäische Parlament in Europawahljahren im besonderen Fokus wissenschaftlicher Betrachtungen. Dabei lassen sich drei größere Themenbereiche aufzeigen: Entwicklung und Stellung, Repräsentationsfunktion sowie Verfahren. Fabbrini (2019) beschreibt in einer historischen Analyse die Entwicklung des Europäischen Parlaments hin zu einer „Normalisierung“ im Rahmen des Lissabon-Vertrages, welche jedoch weder in vollen parlamentarischen noch „kongressiven“ – als Vergleichsgegenstand dient der US-Kongress (vgl. auch Fabbrini 2015) – Kompetenzen mündete. Gerade in Kernbereichen nationalstaatlicher Kompetenz habe das Europäische Parlament zwar an prozeduralem Einfluss gewonnen, ob es diesen jedoch realisieren könne, bleibe weiterhin unklar (S. 426). Auch Kluger Dionigi und Koop (2019, S. 796) bescheinigen dem Parlament eine gestärkte Aufsichts- und Kontrollfunktion im Zuge der intergouvernementalen Krisenmaßnahmen, die dieses im inter-institutionellen Gefüge stärkten. Damit übereinstimmend folgern Meissner und Schoeller (2019), dass es dem Parlament im Zuge der europäischen Polykrise gelungen sei, seine de facto-Kompetenzen stetig auszuweiten. Eine ähnliche Entwicklung sieht Benedetto (2019) im Bereich des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) der Europäischen Union. Ebenso beschreiben Bressanelli et al. (2019, S. 348) am Beispiel des geplanten britischen EU-Austritts, wie das Europäische Parlament durch gezielte Resolutionen und dem Fokus auf Rechten von BürgerInnen zu einem „Quasi-Verhandler“ aufgestiegen sei, ohne jedoch den de facto-Einfluss der Institution genau umreißen zu können. Zudem haben die ParlamentarierInnen im Bereich der Außenpolitik zusätzliche Kompetenzen hinzugewonnen. Da Analysen zur Einflussnahme des Parlaments in diesem Politikfeld allerdings oft im Bereich der Handels- und Sicherheitspolitik verblieben, so Cardwell und Jančić (2019), bliebe die Entwicklungszusammenarbeit unzureichend betrachtet.²

Laffan (2019, S. 414) beschreibt die Herausforderungen an das Europäische Parlament durch die zunehmende Politisierung der europäischen Integration und strukturelle Veränderungen im Zuge dessen. Im Rahmen dieser Politisierung gewinnen Arbeiten zur Repräsentationsfunktion des Parlaments an Bedeutung. Seine Repräsentationsfähigkeit im Vergleich zu nationalen Parlamenten analysieren Blockmanns und Russack (2019). Allerdings bescheinigt Russack (2019) den Reformbemühungen um das Spitzenkandidatenverfahren keinen positiven Effekt auf die Repräsentationskraft des Parlaments. Stockemer und Sundström (2019) untersuchen die Repräsentation von Frauen im Europäischen Parlament, während Kantola und Agustín (2019) die Wahrnehmung von Geschlechtergerechtigkeit in den Parteiengruppen durch weibliche Abgeordnete analysieren.³

2 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe“ in diesem Jahrbuch.

3 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Gleichstellungspolitik“ in diesem Jahrbuch.

Die Europäische Kommission: Eine positive Bilanz und Anstöße für die Zukunft

Mit den Wahlen zum Europäischen Parlament wird auch eine neue Europäische Kommission gebildet, die durch Initiativen, Schwerpunktsetzungen sowie Kontroll- und Exekutivfunktionen ihren Einfluss auf die Ausgestaltung der Europäischen Union ausüben wird. Die Nachfolge von der Leyens auf Jean-Claude Juncker im Amt des Kommissionspräsidenten nehmen daher viele WissenschaftlerInnen zum Anlass, Rückschau zu halten, die Arbeitsweisen und Wirkmechanismen der Kommission zu beleuchten und mit Politikempfehlungen den Blick auf die kommenden Jahre zu richten.

Eine Rückschau auf die Europäische Kommission unter Juncker mit positivem Fazit werfen Bloj und Schweitzer (2019). Dawson (2019, S. 8) stellt fest, dass den Ansprüchen einer politischen Kommission nur teilweise Rechnung getragen wurde. Von Ondarza (2019) argumentiert aus seiner Rückbetrachtung der funktionalen Konflikte dieser politischen Kommission für ein gemeinsames, politisches Mandat zwischen der Kommission von der Leyen, dem Europäischen Parlament und dem Rat der Europäischen Union. Dem widerspricht Duff (2019) entschieden: Nur die Kommissionspräsidentin sei in der Lage, eine politische Agenda vorzulegen, nicht jedoch die Staats- und Regierungschefs. Nugent und Rhinard (2019, S. 217) fassen die diversen Debatten um die „politischen Rollen“ der Europäischen Kommission in einem einheitlichen Analyserahmen zusammen und liefern eine Übersicht über Politikfelder und die ausgeübten Rollen. Handlungsempfehlungen für das Mandat und die folgende politische Agenda geben Demertzis et al. (2019, S. 9) mit Sorge um das Entstehen neuer Krisen, ähnlich beschreibt Maurice (2019, S. 11) die Notwendigkeit eines neuen Gestaltungsanspruches der Europäischen Union. Ergänzend argumentieren Cvijic et al. (2019, S. 10) für erweiterte Einigungsbemühungen der Europäischen Kommission sowie eine Neudefinition des Erweiterungsprozesses.

Dabei hat die Europäische Kommission ihre Rolle in der Polykrise neu definiert und teilweise an Einfluss gewonnen. Die Kompetenzerweiterungen im Bereich des Instruments für Stabilität und Frieden erklärt beispielsweise Bergmann (2019, S. 1266) durch funktionale und kultivierte „spill-over“ im Sinne des Neofunktionalismus. Das Handeln der Europäischen Kommission sei jedoch de facto eng beschränkt, beschreiben Gastinger und Adriaensens (2019, S. 354), wobei dem Europäischen Parlament eine „Alarm“-Funktion zukomme und der Rat als Sicherheitsnetz fungiere. Die unterschiedliche Nutzung der legislativen Instrumente zum Verständnis des Handelns durch die Europäische Kommission beschreibt Ahrens (2019) anhand von Programmen zur Förderung von Geschlechtergerechtigkeit. Williams und Bevan (2019, S. 620f) ergänzen, dass die Kommission in Zeiten eines wachsenden Europaskeptizismus mehr, bei einer europhilen Grundstimmung hingegen weniger auf unilaterale Instrumente setze. In Bezug auf den Einfluss von früher nationaler Parlamentsbeteiligung bei der Implementierung europäischer Direktiven stellt Finke (2019, S. 17) fest, dass nur die Beteiligung nationaler Parlamente mit hoher organisatorischer und institutioneller Kapazität die Implementierung beschleunige. Bei schwachen Parlamenten zeigten sich demgegenüber gegenteilige Effekte. Huysmans (2019, S. 441) untersucht die Beteiligung nationaler Parlamente im Zeitraum 2010 bis 2016 in Bezug auf europaskeptische Parteien. Die Generaldirektionen betrachtend stellt Ershova (2019, S. 419-20) fest, dass diese die Rolle eines „Mandarin“ einnehmen, also die Gesetzgeber die Europäische Kommission mit mehr exekutiver Freiheit ausstatten, je geringer die Unterschiede bei politischen Positionen ausfallen. Die geringen Folgen der post-legislativen Evaluation der Kommission stellen van Voorst und

Zwaan (2019) heraus. Es fehle an selbstständiger Reform. Es bleiben erste Analysen zur Umsetzung der politischen Agenda von der Leyens abzuwarten, die der Frage nachgehen, inwieweit die neue Kommission sich im institutionellen Gefüge behaupten und mit eigenen Interessen durchsetzen kann. Dabei wird möglichen Interessenkonflikten zwischen der Kommission von der Leyen und dem Europäischen Rat eine besondere Rolle zukommen. Von besonderem wissenschaftlichem Interesse werden dabei Veränderungen in der Nutzung legislativer Instrumente und interner Arbeitsweisen sowie die Position und Durchsetzungskraft gegenüber den anderen europäischen Institutionen sein.

Der Europäische Rat: Die Rückkehr zu alten Machtpositionen

Der Europäische Rat ist in wissenschaftlichen Arbeiten allgegenwärtig, gerade in Zeiten der Polykrise, in der er als Krisenmanager und finaler Entscheidungsträger auftritt. Die geringe Datenlage durch den Klub-Charakter dieser Institution der europäischen Führungspersönlichkeiten regt dabei die Kreativität der WissenschaftlerInnen an und bringt neue Erkenntnisse mit innovativen Analysemethoden. So betrachtet Lundgren (2018) die „Familiefotos“ der Staats- und Regierungschefs und leitet aus der Aufstellung Indikatoren für den „internationalen Status“, Ergänzungen für existierende Status-Proxys sowie Hierarchien innerhalb der Institution ab. Das Verhältnis dieser Schlüsselinstitution zum Europäischen Parlament beschreibt Ripoll Servent (2019, S. 297) anhand des Scheiterns einer Reform des Europäischen Asylsystems im Juni 2018, bei dem das indirekte Machtgefälle vom Europäischen Rat zum Parlament in einem „Schatten der Hierarchie“ sichtbar geworden sei. Aktuell bleiben die Szenarien von Müller Gómez und Wessels (2016) zum Spitzenkandidatenverfahren und zur Europäisierung der Europawahlen.

Ähnlich beschreiben Schoeller und Héritier (2019, S. 287) die Strategien des Europäischen Parlaments zur Durchsetzung eigener Positionen gegenüber den intergouvernementalen Institutionen, wobei der Erfolg von „Verzögerungstaktik“ und dem „Verbinden von Arenen“ von der Dringlichkeit und dem Verlustpotenzial der Entscheidungen abhängt. Im Bereich der ökonomischen Koordinierung zeigt Mariotto (2019, S. 466) die Konflikte zwischen Kommission und Rat im Zuge der länderspezifischen Empfehlungen auf, welche vom Rat im Zuge der Finanzkrise bei kleineren Mitgliedstaaten oft verschärft, bei größeren mit europaskeptischer Öffentlichkeit eher gelockert wurden. Anhand der Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus zeichnen Smeets et al. (2019, S. 688) die Entscheidungsprozesse im interinstitutionellen Gefüge nach und stellen einen „bottom-up“-Ansatz fest, der sich dadurch auszeichnet, dass die Institutionen in gemeinsamen Anstrengungen zwischen Leitungs- (Europäischer Rat) und Exekutivebene (Kommission und Europäisches System der Finanzaufsicht (EFSF)) jene Etablierung realisierten.

Disruptive Politisierung – Neue Forschungsagenden und Herausforderungen

Nicht erst mit den Europawahlen im Jahr 2019 zeigt sich der Trend zu einer verstärkten Politisierung der europäischen Ebene und der Auflösung des sogenannten, in der Integrationsgeschichte jedoch kaum beobachtbaren „permissive consensus“ in der Politik der Mitgliedstaaten. Zusehens werden hingegen die Folgen dieser Entwicklung konzeptualisiert und in die Betrachtungen einbezogen. Diese Entwicklung hin zu einer politisierten europäischen Ebene beschreiben Hutter und Kriesi (2019) in einer Langzeitbetrachtung nationaler Wahlkampagnen. Die deutlich werdenden Ebenen von Politisierung (national, europäisch und international) beschreibt Zürn (2019, S. 986) und argumentiert für eine simultane Betrachtung. Die zunehmende (kritische) Politisierung verändere auch den

technokratischen Politikstil der europäischen Institutionen, insbesondere der Europäischen Kommission, hin zu politischen Nutzenanalysen, so Rauh (2019a, S. 361). Weiter sieht Rauh (2019b) in dieser Entwicklung das Potenzial für vertiefte, politisch motivierte Integration. Im Zuge der Finanzkrise sehen Scicluna und Auer (2019) hingegen die Qualität der europäischen Demokratie durch die Stärkung technokratischer Institutionen geschwächt. Einerseits würden Entscheidungen als regelbasiert entpolitisiert, andererseits „ad hoc“-Entscheidungen (S. 1426) als notwendig überpolitisiert. Anders sieht Schmidt (2019, S. 1033) im Zuge der Krisenpolitik einen gelungenen „Turn“ zu einer Integration von „policy und polity“ auf europäischer Ebene, dem allerdings eine stark politisierte und skeptische nationale Ebene gegenüberstünde. Bei nationalen Wahlen hingegen sei die Parteiposition zur „Europäischen Integration“ noch kein prominentes oder salientes Thema, das die Wahlentscheidung maßgeblich beeinflusse (Schoen, 2019).

In der Politisierungsdebatte beschreibt Rose (2019) den Trend, europäische Politiken, legitimiert durch Parlament und nationale Regierungen, durch Referenden anzufechten. Zwar habe das EU-System Wege der Vermeidung durch differenzierte Integration, Zugeständnisse und Risikokalkulationen gefunden, dieses konfliktarme Regieren schränke jedoch die Effektivität des Systems ein (S. 221). Auch Schimmelfennig (2019, S. 1072) beschreibt intergouvernementale Strategien zum Umgang mit negativen EU-Referenden und „erlernte“ Vermeidungsstrategien. Zudem hätten die europäischen Führungspersonlichkeiten Wege gefunden, Souveränitätsansprüche, welche weitere Integration gefährdeten, erfolgreich zu marginalisieren (Jakko und Luhman 2019). Die individuelle Politisierung und Beteiligung auf europäischer Ebene beschreiben Curtis und Clark (2018) und zeigen dafür unterschiedliche Motivationen und Strategien der BürgerInnen auf.

Debatten um Theorien – Neue Ansätze oder Wiederentdeckung der Klassiker?

Zur Debatte um europäische Integrationstheorien in Zeiten von Polykrise und Politisierung liefern Börzel und Risse (2019) einen Beitrag, indem sie aus der Unzulänglichkeit ökonomischer Dependenztheorien zur Erklärung eines weltweiten Regionalismus unter Zuhilfenahme postfunktionalistischer Grundannahmen eigene Erklärungsansätze ableiten. Dieser dreiteilige Ansatz mit Bezug auf „funktionale Nachfrage“, „Identitätsbildung und öffentliche Unterstützung“ und „interregionale Diffusion institutioneller Systeme“ (S. 1239) beinhaltet zudem Erklärungspotenzial für europäische Integration, wodurch sie das *sui generis*-Verständnis der Europäischen Union aufweichen. Dem auch hier deutlich werdenden Verständnis eines differenzierten – im Fall des integrativen auch europafreundlichen – Regionalismus widerspricht Brigeovich (2018, S. 652), indem sie auf die negativen Effekte aller Formen regionaler Identität auf die Haltung zu europäischer Integration hinweist. Für einen anderen theoretischen Fokus argumentiert Kuhn (2019). Durch die zunehmende Politisierung des EU-Systems gewinne europäische Identitätspolitik an Bedeutung, was postfunktionalistischen Theorien – im Gegensatz zum Neofunktionalismus oder liberalen Intergovernmentalismus – weiteren Erklärungswert verleihe. Hodson und Pütter (2019) kritisieren, dass die postfunktionalistische Annahme eines „constraining dissensus“ nicht mit den Integrationsschritten seit Unterzeichnung des Maastrichter Vertrages vereinbar sei. Daher nehmen sie eine „neue intergouvernementale Perspektive“ (S. 1166) ein und stellen fest, dass europäische Eliten kurzfristige Lösungsansätzen gefunden haben, durch diese aber zum „europäischen Ungleichgewicht“ (S. 1167) beitragen. Zur Erklärung politischer Desintegration stellt Webber (2019,

S. 1135) den „optimistischen“ (Neo-Funktionalismus, Liberaler Intergouvernementalismus) und den „pessimistischen“ (Postfunktionalismus) Integrationstheorien einen Ansatz basierend auf der „Hegemonialen Stabilitätstheorie“ zur Erklärung von „Variationen in (Des-)integrationstrends“ über verschiedene Themenbereiche europäischer Politik (S. 1149) gegenüber. In der Analyse der Strategien politischer Eliten in den einflussreichsten Mitgliedstaaten (S. 1144) und ihrer Führungsposition hebt Webber das deutsch-französische Tandem hervor, nicht ohne die zunehmende Marginalisierung Frankreichs aufzuzeigen. Dem entgegen sehen Krüger und Vaillé im Vertrag von Aachen neue Handlungsoptionen für die deutsch-französische Kooperation. Im Bereich der Eurozonenreform widersprechen Lundgren et al. (2019, S. 83; wie auch Wasserfallen et al., 2019, S. 9) der festgestellten Hegemonialität Deutschlands scheinbar, indem sie keinen Nachweis für deutsche Dominanz erkennen können. Lehner und Wasserfallen (2019) stellen für die Eurokrise im deutsch-französischen Tandem divergierende Interessen fest. Streeck (2019, S. 1) unterstützt in einer seiner Analysen die hegemoniale Position Deutschlands, doch sei die Disziplin innerhalb dieses „liberalen Empires“ und sogar dessen Existenz durch den geplanten britischen EU-Austritt und die anhaltende Polykrise bedroht. Dabei werden die Analysen Streecks und vor allem die normativen Grundlagen seiner Schlussfolgerungen in der Debatte aufgegriffen und kritisiert. Roos (2019, S. 250) etwa spricht – auf Grundlage neomarxistischer Argumentation – den Streeckschen Beiträgen emanzipatorische Kraft ab, Pries (2019, S. 157) kritisiert die unzureichende theoretisch-methodische Grundlage seiner Analysen. Dies sind nur einige Beispiele, in denen Theorie-, Methoden- und Fokusvielfalt zu widersprüchlichen Ergebnissen führen. Gerade diese Widersprüche führen jedoch zu einer lebendigen wissenschaftlichen Debatte.

Lehrbücher und Standardwerke

Das Studium europäischer Politik wird, wie das politische System der Europäischen Union selbst, komplexer. Zum besseren Verständnis empfehlen sich daher Lehrbücher zum EU-System, wie das aktualisierte Standardwerk von Wessels (2019), das historische Entwicklungen erklärt, die Institutionen und ihr Zusammenwirken beschreibt und so in die Politikfelder der Union einführt. Die sechste Auflage des Werks „European Union Politics“, herausgegeben von Cini und Pérez-Solórzano Borrágán (2019), richtet einen verstärkten Fokus auf die Verfahren europäischer Politikgestaltung in den Politikfeldern. Dargestellt werden neben grundlegenden Theorien und konzeptuellen Ansätzen vor allem Prozesse, AkteurInnen, aktuelle Fragestellungen und Debatten. Mit „The European Parliament“ von Jacobs und Corbett (2019) ist ein neues englischsprachiges Lehrwerk über das Europäische Parlament erschienen. In bereits 3. Auflage bieten Wiener, Börzel und Risse (2018) eine Übersicht über die großen Standardtheorien europäischer Integration sowie neuere Ansätze, die sie nun auf die aktuelle Polykrise beziehen und hierdurch Integrationstheorie greifbar darstellen. Auch der gleichnamige aktualisierte Kommentar zum EU-Recht von Streinz (2019) stellt Interpretationen und Erklärungen zum komplexen EU-Rechtssystem bereit und ergänzt so die politikwissenschaftlichen Arbeiten. Ebenfalls zu nennen ist das europapolitische Nachschlagewerk „Europa von A bis Z“, das von Weidenfeld, Wessels und Tekin (2019) in der 15. Auflage vollkommen überarbeitet und ergänzt worden ist.

Im Bereich des Europarechts sind 2019 einige Neuauflagen erschienen. Das Lehrbuch „Die Europäische Union. Europarecht und Politik“ von Bieber, Epiney, Haag und Kotzur (2019a) erscheint in der 13. Auflage sowie „Europarecht. In Fragen und Antworten“, ebenso von Bieber, Epiney, Haag und Kotzur (2019b), in der 5. Auflage. Von Streinz (2019) veröffentlicht das Lehrbuch „Europarecht“ in der 11., Fischer und Fetzer (2019) ein gleichnamiges Werk in der 12. Auflage. Zum ersten Mal herausgegeben wird das Werk „Europarecht. Lexikon zentraler Begriffe und Themen“ von Schöbener (2019).

Historische Perspektiven – Von besonderer Bedeutung in Zeiten der Unsicherheit

Neue geschichtswissenschaftliche Publikationen eröffnen weitere Perspektiven auf aktuelle Fragen und Diskussionen. Von besonderer Aktualität sind die Arbeiten von Kaelble (2019), der eine historische Einordnung der europäischen Krisen vornimmt und auch die aktuelle Polykrise so in eine stetige Entwicklung einordnet. Anstatt auch eine „Europamüdigkeit“ zu attestieren, bezieht sich Kaelble vielmehr auf enttäuschte Erwartungen der europäischen Bevölkerung, welche mehr Integration gewollt habe, von der europäischen Politik aber enttäuscht worden sei. Hier führt er seine Argumentation vergangener Beiträge fort, in denen er bereits von einem Abbau von Divergenzen und dem Erstarken der gemeinsamen Wertebasis geschrieben hatte (Kaelble 2017, S. 156).

Weiter sticht besonders der zweite Teil der Geschichte Europas im 20. Jahrhundert von Kershaw (2019) hervor. Dieser betrachtet in „Achterbahn“ die keineswegs geradlinige Entwicklung Europas nach Ende des Zweiten Weltkriegs, deren Weg auch in Anbetracht aktueller Krisen stets ungewiss war und ist. Zudem leitet Kershaw aus einer Langzeitbetrachtung und entgegen konventioneller Meinungen ab, dass die europäische Integration keine Bedrohung nationaler Souveränität darstelle, sondern als eine „Rettung des Nationalstaats“ (Kershaw 2018, S. 750 mit Bezug auf Milward 1992) verstanden werden könne. Eine weitere Perspektive auf das 20. Jahrhundert bietet Waechter (2019), der die Geschichte Frankreichs mit der Dritten Republik beginnend bis in das frühe 21. Jahrhundert nachzeichnet. Auch hier werden die Linien und Brüche des vergangenen Jahrhunderts deutlich, deren Spuren gerade in Frankreich bis heute zu finden sind. Jenen „Zickzack-Gang“ analysiert auch von Loth (2019) mit Blick auf die europäische Integration und verweist dabei auf die Rolle einer deutsch-französischen Führung. Für diese biete sich momentan durch das positive Bild der Europäischen Union in der Bevölkerung die Chance, weitere vom Lissabonner Vertrag vorgezeichnete Integrations Schritte zu initiieren.

Die detaillierte Analyse eines zentralen Bestandteils europäischer Geschichte ist Langewiesche (2019) gelungen. Den Krieg als „gewaltsamen Lehrer“ charakterisierend zeigt er systematisch dessen fortdauernde Gestaltungskraft im Europa der Moderne auf und analysiert die Entstehung und Folgen kriegerischer Auseinandersetzungen in und durch Europa. Eine in der Vergangenheit vielfach konfliktreiche Beziehung haben Pleitgen und Schischkin (2019) untersucht. Das Verhältnis zwischen Russland und dem Westen bietet viele weiterhin aktuelle Untersuchungsgegenstände, die die unterschiedlichen Perspektiven der beteiligten Staaten verdeutlichen. Die besondere Beziehung zwischen Deutschland und seinen europäischen Nachbarn ist ebenso erneut Thema im geschichtswissenschaftlichen Diskurs. Rödder (2019) stellt in seinem Essaywerk die durchaus als provokant zu bezeichnende Frage, wer Angst vor Deutschland habe, wohlwissend, dass der Staat im geographischen Zentrum Europas in einem Dilemma zwischen den Erwartungen der Nachbarn an eine deutsche politische Führung und Ängs-

ten vor derselben gefangen ist. Antworten zur Lösung dieses „europäischen Problems“ sind auch Teil des Werkes von Böttcher (2019), der nach „Europas vergessenen Visionären“ fragt. Hierbei stehen sowohl einstige VisionärInnen einer europäischen Friedensordnung wie auch aktuelle europäische DenkerInnen im Fokus, die aus der historischen Perspektive Schlüsse und Konzepte für „innovative Zukunftsbilder“ bieten. Clemens, Reinfeldt und Rüter (2019) werfen einen Blick zurück in die 1970er Jahre und fragen, ob die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) zu einer Europäisierung der jeweiligen nationalen außenpolitischen Strategien und Vorgehensweisen geführt hat. Darüber hinaus wird die Sozialisierung von beteiligten AkteurInnen im Sinne der europäischen Integration untersucht.

Der europäische Krisendiskurs – Der „Re-Turn“ zur Wirtschafts- und Finanzkrise

Mit zunehmendem Abstand zum Höhepunkt der Migrationskrise finden sich Analysen mit außen- und sicherheitspolitischem Fokus, aber auch Betrachtungen der Wirtschafts- und Finanzkrise im Krisendiskurs treten erneut verstärkt in den Vordergrund. Dabei existieren unterschiedliche Bewertungen der Polykrise und ihrer Auswirkungen auf die Europäische Union. Degner (2019) untersucht, basierend auf den Annahmen des liberalen Intergouvernementalismus, die integrative Kraft der europäischen Krisen. Seabrooke und Tsingou (2019) analysieren die Polykrise der Europäischen Union anhand der Typologie der „fast-/slow-burning“ (schnell/langsam-brennenden) Krisen (vgl. Hart und Boin, 2001; Boin et al. 2005) und entwickeln eine Forschungsagenda zum erweiterten Verständnis des Zustandes der Europäischen Union. Den Diskurs betrachtend sieht Rhinard (2019, S. 617) neue krisenbezogene Narrative der „raison d’être“ der Europäischen Union, welche die etablierten Prozesse der Politikgestaltung ergänzten und teilweise ersetzten. De Wilde (2019) erkennt in der europäischen Berichterstattung vor allem einen Fokus auf intergouvernementalen Konflikten, lediglich in Kernkompetenzbereichen europäischer Institutionen böten sich Bühnen gerade für „supranationale Exekutiven“ (S. 1199). Die unterschiedlichen Reformbemühungen im Zuge der Finanz- und Migrationskrise erklären Biermann et al. (2019, S. 249) durch negative Externalitäten und die Interessen der Mitgliedstaaten auf Grundlage des liberalen Intergouvernementalismus; drohten negative Externalitäten, sei eine gemeinschaftliche Lösung wahrscheinlicher als bei geringer Interdependenz. Dem entgegen befürworteten gerade migrationskritische BürgerInnen einen Kompetenztransfer in Migrationsfragen auf europäische Ebene (Conti et al. 2019). Die Unterscheidung zwischen europäischer Binnenmigration und Migration aus Drittstaaten verdeutlichen Blinder und Markaki (2019) in ihrer Analyse europäischer Mobilität.

Mit zunehmendem Abstand zum Höhepunkt der Finanz- und Staatsschuldenkrise weitet sich auch hier der Fokus der Analysen und es stellen sich neue Erklärungsansätze und spezialisiertere Forschungsfragen. Liagouras (2019, S. 1117) beschreibt die Bedeutung von Sozialreformen für einen gelungenen Reformprozess zur Überwindung eines griechischen „Familismus“. Lains (2019, S. 1104) stellt Portugal in den Fokus und arbeitet den Paradigmenwechsel von investitionsbasierten zu haushaltspolitischen europäischen Programmen als Grund für wachsende wirtschaftliche Ungleichheiten in der Europäischen Union heraus. Vesan und Corti (2019) sehen die Europäische Säule sozialer Rechte jedoch einer Kritik durch horizontalen und vertikalen Europaskeptizismus ausgesetzt. Diese könne den Integrationsprozess verzögern, böte jedoch das Potenzial für neue, „ungewöhnliche“ politische Koalitionen (S. 989). Graziano und Hartlapp (2019,

S. 1496) sehen in der Europäischen Kommission als Agenda-Setter im Sinne wirtschaftlicher Integration und Austeritätspolitik im Zusammenspiel mit einem „asymmetrischen intergouvernementalen turn“ einen weiteren Grund für die Schwächung der europäischen Sozialpolitik. Pérez (2019, S. 1007-8) ergänzt die bestehenden – arbeitsmarkt-fokussierten – Analysen zum Nord-Süd-Gefälle in der Europäischen Union um Betrachtungen von Kapitalströmen und deren Auswirkungen auf die nationale Nachfrage. Die ökonomischen Ungleichheiten führten, bei schwachen Institutionen und hoher Korruption, vermehrt zu Demokratieabbau, so Börzel und Langbein (2019). Im Zuge der Krisenthematik rücken auch wirtschaftliche Dependenz in der Union in den Fokus. Ban (2019) betrachtet die rumänischen Abhängigkeiten, Bohle und Greskovits (2019, S. 1087) stellen fest, dass trotz „unabhängigkeitsnarrativen“ und Renationalisierungsrhetorik ausländische Direktinvestitionen in Ungarn weiterhin eine große Rolle spielen.

Eine Meta-Ebene betreten Höing und Kunstein (2019) zum 20-jährigen Bestehen der gemeinsamen Währungspolitik, indem sie wissenschaftliche Veröffentlichungen zur Wirtschafts- und Währungsunion analysieren, Trends und klare Unterschiede in den Prä- und Post-Krisen-Arbeiten aufzeigen und die Krisen-Narrative vergleichen. Auch Fritsche und Harms (2019) ziehen eine gemischte Bilanz. Zwar sei die gemeinsame Währungspolitik trotz der Krisen stabilitätsfördernd gewesen als angenommen, jedoch sei es nicht gelungen, makroökonomische Ungleichgewichte langfristig abzubauen. Den Blick nach vorn richtet Bayer (2019, S. 1) und entwirft Politikempfehlungen für die kommenden 20 Jahre.

Britischer EU-Austritt und Differenzierung – Weiterhin aktuell trotz Ungewissheiten

Wie bereits in den vergangenen Jahren mehren sich die Arbeiten zur Differenzierung der Europäischen Union sowohl im Bereich differenzierter (Des-)Integration als auch zur Differenzierung im Allgemeinen (Fossum 2019). Das Horizon 2020-Projekt „EU3D“ befasst sich mit dieser Fragestellung und erweitert die Ansätze um die Machtfrage zwischen Mitgliedstaaten und AkteurInnen innerhalb der Europäischen Union. Ein aus liberalem Intergouvernementalismus, Neo-Funktionalismus und Postfunktionalismus synthetisiertes Modell zur Erklärung differenzierter Integration, das komplementäre Stärken und Schwächen der einzelnen Ansätze vereinigt und eine höhere Prädiktionsstärke aufweist als die Einzelansätze, legen Schimmelfennig und Winzen (2019, S. 1190) vor.

Allgemeine Arbeiten zum EU-Austritt Großbritanniens halten sich im Zuge der unsicheren weiteren Entwicklungen zwar zurück, jedoch finden sich fokussierte Erklärungsansätze und Analysen. Zum speziellen Verständnis des Referendums tragen Vasilopoulou und Keith (2019, S. 495) bei, indem sie nachweisen, dass sich Haltung zu Nachverhandlungen und zum EU-Austritt im Bereich der Nutzenpräferenzen zwar deckten, aber mehrheitlich bildungsferne und einkommensschwache Menschen den EU-Austritt unterstützten. Ebenfalls anhand einer Betrachtung des Referendums mithilfe dreier „Megatrends“ leiten Jennings und Lodge (2019, S. 773) Implikationen für den Austritt und eine Politik für danach ab. Auf die schwach ausgebildete europäische Identität in Großbritannien führen Carl et al. (2019) nicht nur den EU-Austritt, sondern auch den langanhaltenden britischen Europaskeptizismus zurück. Es spielen zudem das Verhältnis von Information und Desinformation sowie die politischen Folgen, ihre Instrumentalisierung und Gefahren eine Rolle. So untersuchen Llewellyn et al. (2019) das Verhalten von auf

den EU-Austritt bezogenen Online-Trolls auf Twitter. Auch die Folgen für die verbleibenden 27 Mitgliedstaaten werden unter verschiedensten Gesichtspunkten betrachtet. Lavery et al. (2019) beschreiben Paris und Frankfurt als neue Zentren des europäischen Finanzmarktes, Zuleeg (2019) ergründet Möglichkeiten und Bedingungen für eine schottische EU-Mitgliedschaft. Ebenso ist Huysmans (2019) Entstehungsgeschichte des Art. 50 EUV für ein Verständnis des geplanten britischen EU-Austritts von Bedeutung.

Die Europäische Union im Wertekonflikt und die Bedeutung gemeinsamer Identitäten

Im innereuropäischen Konflikt zu den Werten der Europäischen Union, in dessen Zentrum weiterhin Polen und Ungarn stehen (hierzu siehe auch die Analysen von Dawson und Hanley, 2019), zeigen Meijers und van der Veer (2019, S. 847), dass die öffentlichen Reaktionen von Mitgliedern des Europäischen Parlaments (MdEPs) nicht nur von ihren ideologischen Präferenzen, sondern auch von strategischen Überlegungen beeinflusst werden. Andere Betrachtungen des Wahlverhaltens finden sich beispielsweise im Bereich Sicherheit und Überwachung (Chiru und Stoian, 2019). Auch die Europäische Kommission als „Hüterin der Verträge“ wird in Bezug auf Ungarn und Polen betrachtet; so attestiert ihr Closa (2019, S. 709) eine dialogorientierte Strategie, starke Zurückhaltung und strategische Bedenken bei Nutzung des Rechtsstaatlichkeitsverfahrens nach Art. 7 EUV. Die europäischen Normen in den europäischen Außenbeziehungen analysiert Martin (2019, S. 14) am Beispiel der EU-Türkei-Beziehungen, welche aufzeigten, dass die liberalen europäischen Normen zwar Bestand halten, situativ – hier am Beispiel Migration – aber flexibel ausgelegt würden. Die Befürwortung der Menschenrechtskonditionalität in europäischen Handelsbeziehungen durch das Europäische Parlament folge nach Meissner und McKenzie (2019, S. 1276) ähnlichen strategischen Überlegungen zum Ziel der Außenwirkungen und unterliege Beschränkungen durch „organisatorische Kapazität“ und den „Nutzenrechnungen“ der AkteurInnen.

Klima, Energie und Umwelt – Ein verstärkter öffentlicher Fokus

Mit dem Erfolg ökologischer Parteien bei der Europawahl, der öffentlichkeitswirksamen Medienberichterstattung um KlimaaktivistInnen und dem europäischen Klimaschutznarrativ lohnt ein gesonderter Blick auf Fragen der Klima-, Umwelt- und Energiepolitik anhand exemplarischer Beiträge. Die bisherige starke Rolle des Europäischen Parlaments als „Umwelt-Champion“ der europäischen Institutionen sieht Burns (2019, S. 312) durch die Zunahme an „rechten Positionen“ gefährdet, was sie an der Verwässerung von Gesetzakten im Parlament festmacht. Hier bleiben jedoch die Auswirkungen der erstarkten Umweltbewegung abzuwarten. Wurzel et al. (2019) stellen ein anderes Führungstrio im Bereich europäischer Umweltpolitik fest, indem sie den Europäischen Rat als strukturelle, den Rat als „entrepreneurial“ (im Sinne einer koalitionsbildenden) und die Mitgliedstaaten als kognitive Führungseinheiten charakterisieren. Biedenkopf und Petri (2018, S. 14f) beschreiben die große Varianz in den Positionen der Klima-Diplomatie der europäischen Delegationen, welche auf unterschiedlich starke Verbindungen zu den Institutionen in Brüssel und Expertise zurückzuführen sei und tragen so zum Verständnis der Europäischen Union als internationale Klimaakteurin bei. Die beschriebene Varianz gefährde jedoch ein effizientes klimapolitisches Handeln. Eine andere Perspektive nimmt Dupont (2019, S. 382) ein und beschreibt den europäischen Diskurs zum Klimawandel als zunehmend auf Sicherheitspolitik bezogen, wodurch die Europäische Union jedoch

als gemeinschaftliche Akteurin auftreten könne, um ihr Narrativ zu stärken. Sowohl die europäische als auch die nationalen Energiepolitiken als Teil eines erweiterten Sicherheitsdiskurses betrachten Hofmann und Staeger (2019). Schröder (2019) erweitert zudem die bestehende Literatur um geopolitische Perspektiven. Hier vereinen sich europäische Energie- und Klimapolitik im sicherheitspolitischen Diskurs, dennoch scheint weitere Forschung zu den AkteurInnen europäischer Umwelt- und Klimapolitik notwendig, um diese aufzuarbeiten.

Die Europäische Union als sicherheitspolitische Akteurin – Ein unklares Bild

Das System europäischer Sicherheits- und Außenpolitik bleibt weiterhin von geteilten Kompetenzen und einer Dominanz nationalstaatlichen Handelns gekennzeichnet. Dennoch wird die Europäische Union sicherheitspolitisch bedeutender und deshalb unter verschiedenen Aspekten untersucht (Lucarelli 2019). Die sicherheitspolitische Einigung im Zuge der Terrorismusbekämpfung nach den Anschlägen auf das World Trade Center in New York am 11. September 2001 betrachten Kaunert und Léonard (2019, S. 273) und stellen dabei die bereits institutionalisierten Einigungsschritte heraus. Herranz-Surrallés (2019, S. 37-9) verbindet die Debatten um sicherheitspolitische Integration und die zunehmende Politisierung in diesem Bereich in einer Analyse der parlamentarischen Einflussmöglichkeiten und attestiert – zum Teil im Widerspruch zu vorhergehenden Studien – Felder zunehmender und auch abnehmender parlamentarischer Gestaltungskraft. Lucarelli (2019, S. 415) beschreibt die Europäische Union als sicherheitspolitische Akteurin und gerade als Agentin vergemeinschafteter Sicherheitspolitik, während Floyd (2019) die normativen Aspekte dieser Vergemeinschaftung – Entscheidungsmodi und Kostenverteilung – bespricht. Den Desintegrationsansatz aufgreifend erweitern Aggestam und Bicchì (2019, S. 516) das vertikal orientierte Verständnis von Europäisierung um etablierte, wenn auch zum Teil informelle Formen der Kooperation im Bereich der Außenpolitik, welche aber keine De-Europäisierung, sondern neue Formen der Einflussnahme darstellten, ähnlich argumentieren Sattich und Jackson Inderberg (2019, S. 509) in ihrem Konzept „EU Geoeconomics“.

Einen Fokus bildeten zudem die komplexen und belasteten Beziehungen zur Türkei, die unter anderem in den diversen Publikationen des Horizon 2020-Projektes FEUTURE unter verschiedensten Gesichtspunkten aufgearbeitet wurden. Hierzu legen Saatçioğlu et al. (2019, S. 3) eine Synthese der Forschungsergebnisse vor, in der sie mit dem Konzept der „dynamischen Assoziierung“ einen Anstoß zur Revitalisierung der Beziehungen geben. Mit den zivilgesellschaftlichen Aspekten dieser Partnerschaft setzt sich Zihniöğlu (2019) auseinander und zeigt Stolpersteine für effektive Beziehungen auf. Aybars et al. (2018) fragen anlehnend an ihre Analysen zur Gleichstellungspolitik, ob die Europäisierung der Türkei substanzlos bliebe und folgern, dass transaktionale Elemente der Beziehungen in den Vordergrund getreten seien. Hier setzen die Politikempfehlungen des FEUTURE-Projektes an, die Tekin (2019) in einer Zusammenstellung der Forschungsergebnisse samt Ableitung von Handlungsempfehlungen aufgreift.⁴ Schröder und Tekin (2019) erweitern den Fokus auf nationalstaatliche Verflechtungen in den EU-Türkei-Beziehungen, indem sie die Rolle Deutschlands und der deutsch-türkischen Beziehungen mit einbeziehen.

4 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Türkei“ in diesem Jahrbuch.

Ausblick

Das europäische Projekt steht im Jahr 2019 vor neuen Herausforderungen, ohne dass langfristige Lösungen für die fortbestehende Polykrise gefunden wurden. Neue Führungspersonen werden in den nächsten fünf Jahren die Europäische Union und die europäische Politik prägen. Durch die Wahlergebnisse zugunsten europaskeptischer Positionen und die zunehmend kritische Politisierung der europäischen Ebene besteht ein gestiegener Reformbedarf. Andererseits zeigt sich gerade hier das Potenzial politischer Teilhabe und Identifikation mit der supranationalen Gestaltungsebene deutlich. Die Frage wird sein, welche Zukunft sich BürgerInnen als auch Mitgliedstaaten in der Europäischen Union vorstellen können und wie sie diese verwirklichen. Intergouvernementalen Lösungsansätzen zur „Zukunft von Deutschland in der Europäischen Union“ (Schäuble, 2019) stehen supranationale Konzepte vertiefter Integration und Stärkung des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission gegenüber (Spinelli Group, 2018). Zentraler Bestandteil des Manifests der Spinelli Group sind Reformen – vor allem durch Vertragsänderungen –, die sowohl die EU-Institutionen als auch einzelne Politikfelder betreffen. Die AutorInnen betonen mit Nachdruck, dass die Europäische Union einer Lähmung durch nationalistische Kräfte entgegenwirken müsse, um Tendenzen zur Desintegration zu verhindern.

Die historischen Perspektiven zeigen jedoch, dass weder der Krisendiskurs noch die Debatte zur Zukunft der Europäischen Union im Spannungsfeld zwischen Intergouvernementalismus und Supranationalismus neu sind. BürgerInnen, ParlamentarierInnen und gerade die Staats- und Regierungschefs haben stets einen *modus vivendi* gefunden, um die Zukunft der Europäischen Union sicherzustellen und die Krisen und Herausforderungen zu bewältigen. Dabei wird den Differenzierungskonzepten und neuen theoretischen Ansätzen in Verbindung mit klassischen Integrationstheorien eine verstärkte Bedeutung in der wissenschaftlichen Debatte zukommen. Zumindest für die politikwissenschaftliche EU-Forschung setzt die Polykrise neue Impulse für die Ausrichtung des Fachs.

Weiterführende Literatur

- Lisbeth Aggestam/Federica Bicchì: New Directions in EU Foreign Policy Governance: Cross-loading, Leadership and Informal Groupings, in: *Journal of Common Market Studies* 3/2019, S. 515–532.
- Petra Ahrens: The birth, life, and death of policy instruments: 35 years of EU gender equality policy programmes, in: *West European Politics* 1/2019, S. 45–66.
- Cristina Ares: Engaging Young People and Women in European Parliament Elections, *International IDEA Discussion Paper* 2019, abrufbar unter: <https://www.idea.int/sites/default/files/publications/engaging-young-people-and-women-in-european-parliament-elections.pdf> (letzter Zugriff: 1.10.2019).
- Danus Auers: The 2019 European Parliament elections in the Baltic states, Friedrich Ebert Stiftung 2019, abrufbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/baltikum/15480.pdf> (letzter Zugriff: 1.10.2019).
- A. İ. Aybars/Paul Copeland/Dimitris Tsarouhas: Europeanization without substance? EU–Turkey relations and gender equality in employment., in: *Comparative European Politics*, 5/2019, S. 778–796.
- Cornel Ban: Dependent development at a crossroads? Romanian capitalism and its contradictions, in: *West European Politics* 5/2019, S. 1–28.
- Vladimír Bartovic/Zuzana Stuchlíková/Kateřina Davidová: Commentary: European elections, EUROPEUM. Institut pro Evropskou Politiku 2019, abrufbar unter: <http://www.europeum.org/data/articles/ep-commentary.pdf> (letzter Zugriff: 1.10.2019).
- Kurt Bayer: The Eurozone 20 Years from Now: Utopia or Dystopia, Österreichische Gesellschaft für Europapolitik ÖGfE Policy Brief, 2019, abrufbar unter: https://oegfe.at/wordpress/wp-content/uploads/2019/05/OEGfE_Policy_Brief-2019.10.pdf (letzter Zugriff: 1.10.2019).
- Giacomo Benedetto: The European Parliament as a budgetary extractor since the Lisbon Treaty, in: *Journal of European Integration* 3/2019, S. 329–345.

- Julian Bergmann: Neofunctionalism and EU external policy integration: the case of capacity building in support of security and development (CBSD), in: *Journal of European Public Policy* 9/2019, S. 1253–1272.
- Laurent Bernhard/Hanspeter Kriesi: Populism in election times: a comparative analysis of 11 countries in Western Europe, in: *West European Politics* 6/2019, S. 1188–1208.
- Katja Biedenkopf/Franziska Petri: EU Delegations in European Union climate diplomacy: the role of links to Brussels, individuals and country contexts, in: *Journal of European Integration* 1/2019, S. 47–63.
- Felix Biermann/Nina Guérin/Stefan Jagdhuber/Berthold Rittberger/Moritz Weiss: Political (non-) reform in the euro crisis and the refugee crisis: a liberal intergovernmentalist explanation, in: *Journal of European Public Policy* 2/2019, S. 246–266.
- Scott Blinder/Yvonne Markaki: Acceptable in the EU? Why some immigration restrictionists support European Union mobility, in: *European Union Politics* 2019, DOI: 1465116519839782.
- Steven Blockmans/Sophia Russack: Representative Democracy in the EU. Recovering Legitimacy, CEPS 2019, abrufbar unter: <https://www.ceps.eu/wp-content/uploads/2019/05/Representative-Democracy-in-the-EU.pdf> (letzter Zugriff: 1.10.2019).
- Ramona Bloj/Cindy Schweitzer: Juncker or European added value. The positive legacy of the European Commission (2014-2019), Fondation Robert Schuman Policy Paper, 2019, abrufbar unter: <https://www.robert-schuman.eu/en/european-issues/0520-juncker-or-european-added-value-the-positive-legacy-of-the-european-commission-2014-2019> (letzter Zugriff: 1.10.2019).
- Dorothee Bohle/Béla Greskovits: Politicising embedded neoliberalism: continuity and change in Hungary's development model, in: *West European Politics* 5/2019, S. 1069–1093.
- Tanja A. Börzel/Julia Langbein: Core-periphery disparities in Europe: is there a link between political and economic divergence?, in: *West European Politics* 5/2019, S. 941–964.
- Tanja A. Börzel/Thomas Risse: Grand theories of integration and the challenges of comparative regionalism, in: *Journal of European Public Policy* 2019, S. 1–22.
- Winfried Böttcher: Europas vergessene Visionäre. Rückbesinnung in Zeiten akuter Krisen, Baden-Baden 2019.
- Daniela Braun/Tobias Schwarzbözl: Put in the spotlight or largely ignored? Emphasis on the Spitzenkandidaten by political parties in their online campaigns for European elections, in: *Journal of European Public Policy* 3/2019, S. 428–445.
- Edoardo Bressanelli/Nicola Chelotti/Wilhelm Lehmann: Negotiating Brexit: the European Parliament between participation and influence, in: *Journal of European Integration* 3/2019, S. 347–363.
- Anna Brigevid: Regional identity and support for integration: An EU-wide comparison of parochialists, inclusive regionalist, and pseudo-exclusivists, in: *European Union Politics* 4/2018, S. 639–662.
- Charlotte Burns: In the eye of the storm? The European Parliament, the environment and the EU's crises, in: *Journal of European Integration* 3/2019, S. 311–327.
- Manuela Caiani/Paolo Graziano: Understanding varieties of populism in times of crises, in: *West European Politics* 2019, S. 1–18.
- Stefano Camatarri/Francesco Zucchini: Government coalitions and Eurosceptic voting in the 2014 European Parliament elections, in: *European Union Politics* 3/2019, S. 425–446.
- Daniele Caramani/Luca Manucci: National past and populism: the re-elaboration of fascism and its impact on right-wing populism in Western Europe, in: *West European Politics* 2019, S. 1–28.
- Paul James Cardwell/Davor Jančić: The European Parliament and development cooperation: democratic participation in the 'low politics' of EU external relations, in: *Journal of European Integration* 3/2019, S. 365–381.
- Noah Carl/James Dennison/Geoffrey Evans: European but not European enough: An explanation for Brexit, in: *European Union Politics* 2/2019, S. 282–304.
- Mihail Chiru/Valentin Stoian: Liberty: Security dilemmas and party cohesion in the European Parliament, in: *Journal of Common Market Studies* 5/2018, S. 921–938.
- Michelle Cini/Nieves Pérez-Solórzano Borragán (Hrsg.): *European Union Politics*, Oxford 2019.
- Gabriele Clemens/Alexander Reinfeldt/Telse Rüter: *Europäisierung von Außenpolitik? Die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) in den 1970er Jahren*, Baden-Baden 2019.
- Carlos Closa: The politics of guarding the Treaties: Commission scrutiny of rule of law compliance, in: *Journal of European public policy* 5/2019, S. 696–716.
- Nicolò Conti/Daniilo Di Mauro/Vincenzo Memoli: Citizens, immigration and the EU as a shield, in: *European Union Politics* 3/2019, S. 492–510.
- John Curtice: *Polarised Politics – The European Elections in the UK*, Political Insights, 2019, abrufbar unter: <https://journals.sagepub.com/doi/full/10.1177/2041905819871837> (letzter Zugriff: 1.10.2019).
- K. Amber Curtis/Nicholas Clark: *Elucidating EU engagement: rethinking dimensions of supranational participation*, in: *Journal of European Integration* 1/2019, S. 65–86.

- Srdjan Cvijic/Iskra Kirova/Marie Jelenka Kirchner/Zoran Nechev: From Enlargement to the Unification of Europe: Why the European Union needs a Directorate General Europe for future Members and Association Countries, Open Society. European Policy Institute 2019, abrufbar unter: <https://www.opensocietyfoundations.org/uploads/a9436d1a-5637-4d61-8da2-c69d64702480/from-enlargement-to-the-unification-of-europe-20190711.pdf> (letzter Zugriff: 1.10.2019).
- James Dawson/Seán Hanley: Foreground Liberalism, Background Nationalism: A Discursive-institutionalist Account of EU Leverage and 'Democratic Backsliding' in East Central Europe, in: *Journal of Common Market Studies* 4/2019, S. 710–728.
- Pieter de Wilde: Media logic and grand theories of European integration, in: *Journal of European Public Policy* 2019, S. 1–20.
- Hanno Degner: Public Attention, Governmental Bargaining, and Supranational Activism: Explaining European Integration in Response to Crises, in: *Journal of Common Market Studies* 2/2019, S. 242–259.
- Corinne Deloy: The rise of the populists contained by the ground taken by the Liberals and Ecologists in the European elections, Fondation Robert Schuman European Elections monitor, 2019, abrufbar unter: <https://www.robert-schuman.eu/en/eem/1828-the-rise-of-the-populists-contained-by-the-ground-taken-by-the-liberals-and-ecologists-in-the-european-elections> (letzter Zugriff: 1.10.2019).
- Maria Demertzis/André Sapir/Guntram Wolff: A new strategic agenda for the new EU leadership. Memo to the presidents of the European Commission, Council and Parliament, bruegel Policy Brief, 2019, abrufbar unter: <https://bruegel.org/2019/06/a-strategic-agenda-for-the-new-eu-leadership/> (letzter Zugriff: 1.10.2019).
- Susi Dennison/Mark Leonard/Pawel Zerka: Hot to govern a fragmented EU: What Europeans said at the Ballot Box, European Council on Foreign Relations 2019, abrufbar unter: https://www.ecfr.eu/page/-/how_to_govern_a_fragmented_eu_what_europeans_said_at_the_ballot_box.pdf (letzter Zugriff: 1.10.2019).
- Maja Kluger Dionigi/Christel Koop: Losing out on substance but winning procedurally? The European Parliament and accountability in crisis legislation, in: *West European Politics* 4/2019, S. 776–802.
- Andrew Duff: The political reform agenda of Ursula von der Leyen, European Policy Centre Discussion Paper, 2019, abrufbar unter: http://aei.pitt.edu/100410/1/pub_9311_political_reform_agenda.pdf (letzter Zugriff: 1.10.2019).
- Claire Dupont: The EU's collective securitisation of climate change, in: *West European Politics* 2/2019, S. 369–390.
- Anamaria Dutceac Segesten/Michael Bossetta: Can Euroscepticism Contribute to a European Public Sphere? The Europeanization of Media Discourses on Euroscepticism across Six Countries, in: *Journal of Common Market Studies* 5/2019, S. 1051–1070.
- Sarah Engler/Bartek Pytlas /Kevin Deegan-Krause: Assessing the diversity of anti-establishment and populist politics in Central and Eastern Europe, in: *West European Politics* 2019, S. 1–27.
- Erik O. Eriksen: Political differentiation and the problem of dominance: Segmentation and hegemony, in: *European Journal of Political Research* 4/2018, S. 989–1008.
- Anastasia Ershova: The Watchdog or the Mandarin? Assessing the impact of the Directorates General on the EU legislative process, in: *Journal of European Public Policy* 3/2019, S. 407–427.
- Federico Fabbrini: Representation in the European Parliament: of false problems and real challenges, in: *Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht* 75/2015, S. 823.
- Sergio Fabbrini: Between power and influence: the European parliament in a dual constitutional regime, in: *Journal of European Integration* 3/2019, S. 417–428.
- Adam Fagan/Antoaneta Dimitrova: Reforming judicial recruitment and training in Bosnia-Herzegovina and Serbia under EU guidance: implementation without institutionalisation?, in: *Journal of European Integration* 2/2019, S. 221–237.
- Daniel Finke: Institutional conditions for effective parliamentary oversight of European Union politics, in: *West European Politics* 1/2019, S. 1–24.
- Nadia Fiorino/Nicola Pontarollo/Roberto Ricciuti: Supranational, National and Local Dimensions of Voter Turnout in European Parliament Elections, in: *Journal of Common Market Studies* 4/2019, S. 877–893.
- Rita Floyd: Collective securitisation in the EU: normative dimensions, in: *West European Politics* 2/2019, S. 391–412.
- Claudio Franzius/Franz C. Mayer/Jürgen Neyer (Hrsg.): Die Neuerfindung Europas. Bedeutung und Gehalte von Narrativen für die europäische Integration, Baden-Baden 2019.
- Marcel Fratzscher: Von der Leyens fünf Herausforderungen für ein besseres Europa, in: *Wirtschaftsdienst* 8/2019, S. 522–523.
- Jan Philipp Fritsche/Patrick Christian Harms: 20 years of common European monetary policy: Reasons to celebrate, in: *DIW Weekly Report* 20/2019, S. 179–187.
- Markus Gastinger/Johan Adriaensen: Of Principal (s') Interest? A Disaggregated, Multiple Principals' Approach to Commission Discretion, in: *Journal of Common Market Studies* 2/2019, S. 353–370.

- Katjana Gattermann/Rens Vliegthart: The writing is on the wall: the limited professionalization of European parliament election campaign posters, in: *Journal of European Integration* 2019, S. 1–20.
- Paolo Graziano/Miriam Hartlapp: The end of social Europe? Understanding EU social policy change, in: *Journal of European Public Policy* 10/2019, S. 1484–1501.
- Nathan Hencerth/Rafael Oganessian: The Effect that Structural and Investment Funds have on Voter Behaviour in European Parliamentary Elections, in: *Journal of Common Market Studies* 3/2019, S. 599–615.
- Isabelle Hertner: United in diversity? Europarties and their individual members' rights, in: *Journal of European Integration* 2018, S. 1–19.
- Sara Hobolt: European Elections 2019: A More Fragmented Parliament, in: *Political Insight* 3/2019, S. 16–19.
- Dermot Hodson/Uwe Puetter: The European Union in disequilibrium: new intergovernmentalism, postfunctionalism and integration theory in the post-Maastricht period, in: *Journal of European Public Policy* 2019, S. 1–19.
- Stephanie C. Hofmann/Ueli Staeger: Frame contestation and collective securitisation: the case of EU energy policy, in: *West European Politics* 2/2019, S. 323–345.
- Oliver Höing/Tobias Kunstein: Political Science and the Eurozone Crisis. A Review of Scientific Journal Articles 2004–15, in: *JCMS: Journal of Common Market Studies* 2/2019, S. 298–316.
- Rudolf Hrbek: Europawahl 2019: neue politische Konstellationen für die Wahlperiode 2019–2024, in: *integration* 3/2019, S. 167–186.
- Michael Hüther: 2019: Das Jahr für einen Neu-Anfang in Europa?!, Institut der Deutschen Wirtschaft IW Policy Paper, 2019, abrufbar unter: <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/200179/1/166807334X.pdf> (letzter Zugriff: 1.10.2019).
- Swen Hutter/Hanspeter Kriesi: Politicizing Europe in times of crisis, in: *Journal of European Public Policy* 2019, S. 1–22.
- Martijn Huysmans: Euroscepticism and the early warning system, in: *Journal of Common Market Studies* 3/2019, S. 431–447.
- Tuomas Iso-Markku/Marco Siddi: The 2019 European Elections. New Political Constellations, in: FIIA Briefing Paper 264/2019.
- Nicolas Jabko/Meghan Luhman: Reconfiguring sovereignty: crisis, politicization, and European integration, in: *Journal of European Public Policy* 2019, S. 1–19.
- Will Jennings/Martin Lodge: Brexit, the tides and Canute: the fracturing politics of the British state, in: *Journal of European Public Policy* 5/2019, S. 772–789.
- Johanna Kantola/Lise Rolandsen Agustín: Gendering the Representative Work of the European Parliament: A Political Analysis of Women MEP's Perceptions of Gender Equality in Party Groups, in: *Journal of Common Market Studies* 4/2019, S. 768–786.
- Christian Kaunert/Sarah Léonard: The collective securitisation of terrorism in the European Union, in: *West European Politics* 2/2019, S. 261–277.
- Ian Kershaw: *Achterbahn. Europa 1950 bis heute*, München 2019.
- Laura-Theresa Krüger/Sebastian Steingass: Policy entrepreneurs in Brussels, tied hands at home? EU member states between joint policy-making and domestic implementation in development co-operation, in: *Journal of European Integration* 4/2019, S. 429–445.
- Theresa Kuhn: Grand theories of European integration revisited: does identity politics shape the course of European integration?, in: *Journal of European Public Policy* 2019, S. 1–18.
- Brigid Laffan: The European Parliament in turbulent political times: concluding reflections, in: *Journal of European Integration* 3/2019, S. 405–416.
- Pedro Lains: Convergence, divergence and policy: Portugal in the European Union, in: *European Politics* 5/2019, S. 1094–1114.
- Dieter Langewiesche: *Der gewaltsame Lehrer. Europas Kriege in der Moderne*, München 2019.
- Scott Lavery/Sean McDaniel/Davide Schmid: Finance fragmented? Frankfurt and Paris as European financial centres after Brexit, in: *Journal of European Public Policy* 10/2019, S. 1502–1520.
- Thomas Lehner/Fabio Wasserfallen: Political conflict in the reform of the Eurozone, in: *European Union Politics* 1/2019, S. 45–64.
- George Liagouras: On the social origins of economic divergence: familism, business and state in Greece, in: *West European Politics* 2019, S. 1–25.
- Marco Lisi/Iván Llamazares/Myrto Tsakatika: Economic crisis and the variety of populist response: evidence from Greece, Portugal and Spain, in: *West European Politics* 2019, S. 1–26.
- Clare Llewellyn/Laura Cram/Robin L Hill/Adrian Favero: For Whom the Bell Tolls: Shifting Troll Behaviour in the Twitter Brexit Debate, in: *Journal of Common Market Studies* 5/2019, S. 1148–1164.

- Wilfried Loth: Vorwärts immer, rückwärts nimmer? Was jetzt zu tun ist, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 1/2019, S. 79–85.
- Sonia Lucarelli: The EU as a securitising agent? Testing the model, advancing the literature, in: *West European Politics* 2/2019, S. 413–436.
- Magnus Lundgren: Taking center stage: Decoding status hierarchies from group photos of European leaders, in: *European Union Politics* 4/2018, S. 549–569.
- Magnus Lundgren/Stefanie Bailer/Lisa M Dellmuth/Jonas Tallberg/Silvana Târlea: Bargaining success in the reform of the Eurozone, in: *European Union Politics* 1/2019, S. 65–88.
- Camilla Mariotto: Negotiating implementation of EU fiscal governance, in: *Journal of European Integration* 4/2019, S. 465–486.
- Hartmut Marhold (Hrsg.): *Wegbegleiter der europäischen Integration. 60 Jahre Institut für Europäische Politik*, Baden-Baden 2019.
- Natalie Martin: From Containment to Realpolitik and Back Again: A Realist Constructivist Analysis of Turkey–EU Relations and the Migration Issue, in: *Journal of Common Market Studies* 2019, S. 1–17.
- Maurits J. Meijers/Harmen van der Veer: MEP Responses to Democratic Backsliding in Hungary and Poland. An Analysis of Agenda-Setting and Voting Behaviour, in: *Journal of Common Market Studies* 4/2019, S. 838–856.
- Katharina L. Meissner/Lachlan McKenzie: The paradox of human rights conditionality in EU trade policy: when strategic interests drive policy outcomes, in: *Journal of European Public Policy* 9/2019, S. 1273–1291.
- Lorenzo Mosca/Filippo Tronconi: Beyond left and right: the eclectic populism of the Five Star Movement, in: *West European Politics* 6/2019, S. 1258–1283.
- Johannes Müller Gómez/Wolfgang Wessels: The Spitzenkandidaten procedure: Reflecting on the future of an electoral experiment, IAI Working Paper 2016, abrufbar unter: <http://www.iai.it/sites/default/files/iaiwpl1608.pdf> (letzter Zugriff: 1.10.2019).
- Neill Nugent/Mark Rhinard: The ‘political’ roles of the European Commission, in: *Journal of European Integration* 2/2019, S. 203–220.
- Hardy Ostry/Mathias Koch/Johanna Flegler: The European Elections from the Inside, Konrad-Adenauer-Stiftung 2019, abrufbar unter: <https://www.kas.de/documents/284153/284202/KAS+-+European+Elections+from+Inside.pdf/6933bb75-53bd-0176-ef4d-d1613c751451?version=1.1&t=1559557062609> (letzter Zugriff: 1.10.2019).
- Sofia A. Pérez: A Europe of creditor and debtor states: explaining the north/south divide in the Eurozone, in: *West European Politics* 5/2019, S. 989–1014.
- Fritz Pleitgen /Michail Schischkin: *Frieden oder Krieg. Russland und der Westen – eine Annäherung*, München 2019.
- Ludger Pries: Between clarity and disorientation: remarks on the unease of Wolfgang Streeck with the 21st century migration, in: *Culture* 1/2019, S. 155–158.
- Karin Priester: *Rechter und linker Populismus*, 2012.
- Christian Policy Rauh: EU politicization and policy initiatives of the European Commission: the case of consumer policy, in: *Journal of European Public* 3/2019, S. 344–365.
- Mark Rhinard: The Crisisification of Policy-making in the European Union, in: *Journal of Common Market Studies* 3/2019, S. 616–633.
- Ariadna Ripoll Servent: Failing under the ‘shadow of hierarchy’: explaining the role of the European Parliament in the EU’s ‘asylum crisis’, in: *Journal of European Integration* 3/2019, S. 293–310.
- Jerome Roos: From the Demise of Social Democracy to the ‘End of Capitalism’: The Intellectual Trajectory of Wolfgang Streeck, in: *Historical Materialism* 1/2019, S. 1–41.
- Richard Rose: Referendum challenges to the EU’s policy legitimacy—and how the EU responds, in: *Journal of European Public Policy* 2/2019, S. 207–225.
- Andreas Rödder: *Wer hat Angst vor Deutschland? Geschichte eines europäischen Problems*, Frankfurt am Main 2019.
- Matthias Ruffert (Hrsg.): *Europa-Visionen. Perspektiven auf Europa vor, während und nach der Krise*, Baden-Baden 2019.
- Sophia Russack: EU parliamentary democracy: how representative?, CEPS Policy Insights, 2019, abrufbar unter: https://www.ceps.eu/wp-content/uploads/2019/05/PI2019_07_SR_EU-parliamentary-democracy-1.pdf (letzter Zugriff: 1.10.2019).
- Beken Saatçioğlu/Funda Tekin/Sinan Ekim/Nathalie Tocci: The Future of EU-Turkey Relations: A Dynamic Association Framework amidst Conflictual Cooperation, FEUTURE Synthesis Paper 2019, abrufbar unter: <http://www.feuture.uni-koeln.de/de/publications/feuture-synthesis-paper/> (letzter Zugriff: 1.10.2019).

- Thomas Sattich/Tor Håkon Jackson Inderberg: EU Geoeconomics: A Framework for Analyzing Bilateral Relations in the European Union, in: *Journal of Common Market Studies* 3/2019, S. 502–514.
- Wolfgang Schäuble: *Zur Zukunft von Deutschland in der Europäischen Union*, Baden-Baden 2019.
- Frank Schimmelfennig: Getting around no: how governments react to negative EU referendums, in: *Journal of European Public Policy* 2019, S. 1–19.
- Frank Schimmelfennig/Thomas Winzen: Grand theories, differentiated integration, in: *Journal of European Public Policy* 2019, S. 1–21.
- Vivien A Schmidt: Politicization in the EU: between national politics and EU political dynamics, in: *Journal of European Public Policy* 2019, S. 1–19.
- Magnus G. Schoeller/Adrienne Héritier: Driving informal institutional change: the European Parliament and the reform of the Economic and Monetary Union, in: *Journal of European Integration* 3/2019, S. 277–292.
- Harald Schoen: Not a powerful electoral issue yet: on the role of European integration in the 2017 German federal election, in: *Journal of European Public Policy* 5/2019, S. 717–733.
- Christian Scholz/Peter Dörrenbächer/Anne Rennig (Hrsg.): *Europa jenseits des Konvergenzparadigmas. Divergenz – Dynamik – Diskurs*, Baden-Baden 2019.
- Dominik Schraff/Frank Schimmelfennig: Eurozone bailouts and national democracy: Detachment or resilience?, in: *European Union Politics* 3/2019, S. 361–383.
- Mirja Schröder: *EU Gas Supply Security*, Baden Baden 2019.
- Mirja Schröder/Funda Tekin: Institutional Triangle EU-Turkey-Germany: Change and Continuity, in: Ebru Turhan (Hrsg.): *German-Turkish Relations Revisited*, Baden Baden 2019.
- Daniela Schwarzer: Was uns der Streit um die Besetzung der EU-Spitzenposten lehrt, in: *DGAP-Standpunkt*, 19/2019, S. 1–3.
- Pascal Sciarini/Anke Tresch: The political agenda-setting power of the media: the Europeanization nexus, in: *Journal of European Public Policy* 5/2019, S. 734–751.
- Nicole Scicluna/Stefan Auer: From the rule of law to the rule of rules: technocracy and the crisis of EU governance, in: *West European Politics* 2019, S. 1–23.
- Leonard Seabrooke/Eleni Tsingou: Europe's fast-and slow-burning crises, in: *Journal of European Public Policy* 3/2019, S. 468–481.
- Sandrino Smeets/Alenka Jaschke/Derek Beach: The Role of the EU Institutions in Establishing the European Stability Mechanism: Institutional Leadership under a Veil of Intergovernmentalism, in: *Journal of Common Market Studies* 4/2019, S. 675–691.
- Spinelli Group: *Manifesto for the Future of Europe: A Shared Destiny*, Brüssel 2018.
- Daniel Stockemer/Aksel Sundström: Women's Representation across Different Generations: A Longitudinal Analysis of the European Parliament, in: *Journal of Common Market Studies* 4/2019, S. 823–837.
- Yves Surel: How to stay populist? The Front National and the changing French party system, in: *West European Politics* 2019, S. 1–28.
- Paul 't Hart/Arjen Boin: Between crisis and normalcy: The long shadow of post-crisis politics, in: *Managing crises: Threats, dilemmas, opportunities* 2001, S. 28–46.
- Simon Usherwood: Shooting the fox? UKIP's populism in the post-Brexit era, in: *West European Politics* 2019, S. 1–21.
- Samira Van Bohemen/Willem De Koster/Jeroen Van der Waal: Euroscepticism among Dutch Leftist and Rightist Populist Constituencies: How can the U-Curve be Understood?, in: *Journal of Common Market Studies* 2/2019, S. 371–387.
- Stijn van Voorst /Pieter Zwaan: The (non-) use of ex post legislative evaluations by the European Commission, in: *Journal of European Public Policy* 3/2019, S. 366–385.
- Sofia Vasilopoulou/Dan Keith: Renegotiation Versus Brexit: The Question of the UK's Constitutional Relationship with the EU, in: *Journal of Common Market Studies* 3/2019, S. 486–501.
- Patrik Vesan/Francesco Corti: New tensions over Social Europe? The European Pillar of Social Rights and the Debate within the European Parliament, in: *Journal of Common Market Studies* 5/2019, S. 977–994.
- Ursula von der Leyen: A Union that strives for more. My agenda for Europe European Commission POLITICAL GUIDELINES FOR THE NEXT EUROPEAN COMMISSION 2019-2024, 2019, abrufbar unter: https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/political-guidelines-next-commission_en.pdf (letzter Zugriff: 1.10.2019).
- Nicolai von Ondarza: Mehr als nur eine Personalentscheidung, Stiftung Wissenschaft und Politik SWP-Aktuell, 2019, abrufbar unter: https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2019A35_orz.pdf (letzter Zugriff: 1.10.2019).
- Matthias Waechter: *Geschichte Frankreichs im 20. Jahrhundert*, München 2019.

- Dominic Walsh/Zoe Alipranti: The 2019 European Parliamentary elections and the future of the European project, Open Europe 2019, abrufbar unter: <http://2ihmoy1d3v7630ar9h2rsglp-wpengine.netdna-ssl.com/wp-content/uploads/2019/05/13052019-EP-Elections-Briefing-FINAL-4.pdf> (letzter Zugriff: 1.10.2019).
- Fabio Wasserfallen/Dirk Leuffen/Zdenek Kudrna/Hanno Degner: Analysing European Union decision-making during the Eurozone crisis with new data, in: *European Union Politics* 1/2019, S. 3–23.
- Andrew Watt: Ursula von der Leyen – A Rocky Start, But Brighter Prospects, in: *Intereconomics*, 4/2019, S. 198–199.
- Douglas Webber: Trends in European political (dis) integration. An analysis of postfunctionalist and other explanations, in: *Journal of European Public Policy* 2019, S. 1–19.
- Klaus Weber/Henning Ottmann: Neugestaltung der Europäischen Union, Baden-Baden 2019.
- Christopher J. Williams/Shawn Bevan: The effect of public attitudes toward the European Union on European Commission policy activity, in: *European Union Politics* 4/2019, S. 608–628.
- Rüdiger K. W. Wurzel/Duncan Liefferink/Maurizio Di Lullo: The European Council, the Council and the Member States: changing environmental leadership dynamics in the European Union, in: *Environmental Politics* 2/2019, S. 248–270.
- Özge Zihnioğlu: EU–Turkey Relations. Civil Society and Depoliticization, London 2019.
- Fabian Zuleeg: The EU’s Scottish question, European Policy Centre Policy Brief, 2019, abrufbar unter: <http://www.epc.eu/en/Publications/The-EUs-Scottish-question~26c9b0> (letzter Zugriff: 1.10.2019).
- Michael Zürn: Politicization compared: at national, European, and global levels, in: *Journal of European Public Policy* 2019, S. 1–19.